

Rechtsstaat DDR gibt Globke keine Chance!

Das Judenproblem ist nicht nur ein rassebiologisches. Es bedürfte auch in politischer, wirtschaftlicher und soziologischer Hinsicht einer Lösung für die Jahrhunderte... Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß auf die Gestaltung des deutschen Lebens ein für allemal vorbei ist.

Das schrieb Dr. Hans Globke, Ministerialrat im Reichsinnenministerium des dritten Reiches. Globke saß am Schreibtisch. Dem Vorgesetzten Globkes unterstand das 88-Reichsicherheitshauptamt — es hatte die Aufgabe, die Schandgesetze und Anordnungen, die Herr Globke entwarf, in der Praxis durchzuführen. Wie sah diese Praxis aus? Mein Vater wurde in Hamburg erschlagen, andere Verwandte in Auschwitz vergast oder ins Ghetto von Minsk gebracht und in einem eigens konstruierten Wagen mit Auspuffgasen erstickt.

Nur wenigen gelang die Flucht ins Ausland. Auch hier war man nicht sicher vor der Nazibestie, die die „Lösung des Judenproblems für Jahrhunderte“ zum Programm erhob. In Holland, dem Zufluchtsort vieler jüdischer Hamburger Bürger, zu denen auch ich gehörte, fielen den einmarschierenden Nazitruppen erneut Familienangehörige zum Opfer. Andere starben in Israel unter dem Bombenhagel der Nazis, die dieses völlig unbewaffnete Land oft täglich aus „sportlichem Vergnügen“ angriffen. Mit meinen Verwandten wurden so, entsprechend den von Globke, Stuckart und anderen faschistischen Verbrechern verfaßten Gesetzen, Anordnungen und Kommentaren sechs Millionen Angehörige des jüdischen Volkes und Millionen Slawen, Zigeuner und Angehörige anderer Völker grausam ermordet.

Die nazistische Ausrottungspolitik war die Kehrseite der Expansionspolitik des deutschen Imperialismus — der Politik, alle europäischen Völker unterjochen zu wollen.

So realisierte der Faschismus sein „Programm der Juden“ vom ersten Moment seines Machtantritts an. In der ersten Periode nach 1933 hat man die Juden allmählich des gesetzlichen Schutzes beraubt, ihre ökonomische Basis zerstört, ihre Vermögen konfisziert. Später zwang man sie, zu Hungerlöhnen besonders schwere Arbeit zu leisten, entzog ihnen die zur Existenz notwendige Nahrung. Eine weitere Etappe war schließlich die Isolierung in Ghettos und Lagern. Eine jede Etappe war begleitet von jenen gesetzlichen Verfügungen, deren Vertreter und Mitverfasser fast immer Dr. Hans-Maria Globke war. Sie betrafen auch deutsche Menschen, die von der Rassenideologie nicht unmittelbar betroffen wurden. Jede Hilfe an Juden wurde unter schwere Strafe gestellt, die physische Ausrottung unmittelbar eingeleitet.

Die Völker zerschlugen den Faschismus. Aber seit 1953 ist dieser Globke Staatssekretär in der Bundesrepublik, und seither fordert die Öffentlichkeit beider deutscher Staaten, daß dieser intellektuelle Urheber der Rassengesetzgebung vor Gericht gestellt wird.

Seit Juli 1960 hat die DDR durch Vorlage von etwa 500 (aus insgesamt 4 000) Originaldokumenten immer wieder die Verbrechen Globkes nachgewiesen. Trotz Kenntnis aller Tatsachen unternahm die Bundesregierung nichts, um Globke aus seiner einflußreichen Stellung zu entfernen. Sie tat alles, um Globke vor der Aburteilung zu schützen.

Das nationale Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“ wies eindringlich auf die Gefahr hin, die von den Krieg und Naziverbrechern in Westdeutschland ausgeht. Die Westmächte sind aufgefordert worden, von der Unterstützung der Revanchepolitik und ihrer braunen Gehilfen abzulassen. Die Ultras übergangen alle Forderungen an die westdeutschen Behörden, Globke entsprechend dem Völkerrecht als Mitbeteiligten, als intellektuellen Urheber der schändlichen Rassengesetzgebung, vor Gericht zu stellen. Darum sah es die Oberste Staatsanwaltschaft der DDR als ihre nationale und humanistische Pflicht an, diesen faschistischen Mörder im Namen der gesamten friedliebenden Menschheit abzuurteilen. Nicht zuletzt die jüdischen Menschen der ganzen Welt sind der Regierung der DDR dafür dankbar, daß sie unnaheichtig jene Kriegsverbrecher zur Verantwortung zieht, die direkt an der Ermordung des dritten Teils des jüdischen Volkes beteiligt waren und dafür voll verantwortlich sind, auch wenn sich der Mörder irgendwo unter fremden Namen verstecken sollte, wie es Adolf Eichmann versuchte oder im Bonner Bundeskanzleramt das sogenannte „Schatenkabinett“ anführte.

Es wird Ihnen nichts helfen. Daß der Globke-Prozess in der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführt wird, daß er nur in diesem Teil Deutschlands möglich wurde, ist mir der beste Beweis dafür, daß hier auch die Heimat der Antifaschisten ist, daß in der DDR das Vermächtnis aller von den Nazis Verfolgten verwirklicht wird; einen Staat zu schaffen, in dessen öffentlichem Leben für Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit keinerlei Platz vorhanden ist.

Helmut Schwabe,
Institut für Marxismus-Leninismus
„Universitätszeitung“ Seite 2

contra und pro zur praxisnahen Ausbildung

(Fortsetzung von Seite 1)
allein 5 Wochen in der Grundausbildung in diesen 22 Schlosserberufen usw.“ Das müsse sich auf die Qualität der praktischen Fähigkeiten auswirken. Weitere Vergleiche weisen aus, daß den vorgesehenen dreiwöchigen Montage-, Elektroinstallations- und Arbeiten in der Gütekontrolle acht Wochen in der beruflichen Ausbildung gegenüberstehen! Gleichheit besteht andererseits in der Wärmebehandlung. „Das zeigt, daß eine berufliche Grundausbildung bereits mehr im Inhalt zu bringen im Stande ist, als es das Vorpraktikum zuläßt.“

Dr. Reibetanz schloß sich daher den Auffassungen des Referenten an, die zum Wert der Vorpraktika geäußert worden sind. Er will dabei nicht schlechthin über die Vorpraktika entschieden wissen. Berechtigt werde gefordert, daß der Bewerber im Vorpraktikum Formerei, Kernmacherei, Putzerei usw. kennengelernt haben müssen. Über allgemeine Arbeiten an Dreh- und Fräsmaschinen hinaus soll der Bewerber vorher (und der Absolvent später) an Karusselldrehtmaschinen, Umformmaschinen und anderen Sondermaschinen gearbeitet haben. Im Vorpraktikumsantrag sind dafür 7 Wochen ausgewiesen, was zu unterstützen sei. Praktika, die sich notwendig machen, sollten jedoch nicht ein volles Semester ausmachen. Hier müßten die Betriebe in der Endphase der Ausbildung dann, wenn die Zusage auf Immatrikulation vorliegt, Vereinbarungen treffen, unter Umständen mit Betriebswechsel verbunden. An der Fakultät BP wurde erfolgreich das 1. Produktionspraktikum nach dem ersten Studienjahr durchgeführt.



Professor Dr.-Ing. Albring:

Erfahrungen, Ergebnisse und — Bedenken...

In der Direktive des Staatssekretariats sind die Prinzipien der neuen Ausbildung niedergelegt. Ganz eindeutig wurde eine Verstärkung der Grundlagen und damit ein Abbau zu weit getriebener Spezialisierung gefordert. Von den Mitgliedern des Lehrkörpers der Fakultät werden diese Festlegungen außerordentlich begrüßt. Die Direktive ist abgestimmt auf die moderne wissenschaftliche Entwicklung und die notwendige Anpassung an die Lehre.

Die Fakultät für Maschinenwesen entschloß sich zu einer grundlegenden Neubearbeitung ihres Unterstufen-Ausbildungsplanes.

Leider führte der erste Versuch über die Befragung der Hochschullehrer, auf

Staatssekretariat zur Bestätigung eingereicht werden.

Sehr wesentliche Arbeit leistete die Fakultät bei der

Umgestaltung von Oberstufenplänen

auf die neue Zielsetzung der Grundlagenausbildung. Durch Verordnung des Staatssekretariats wurde eine neue Fachrichtung „Angewandte Mechanik“ aufgebaut. Die Praxis der vergangenen Jahrzehnte hat gezeigt, daß die Verfahren der modernen Festigkeitslehre allzu wenig in die industrielle Praxis eingedrungen war. Notwendig ist es, daß die

Belangen der Betriebsingenieure und Konstrukteure zu genügen. Zusammenfassend kann ich berichten, daß die umgearbeiteten Oberstufenpläne durch den Staatssekretär schon im Februar 1963 gebilligt wurden.

Um die Einheit der Ausbildung zu verbessern, wurden Übereinkommen zwischen den beiden Fakultäten Maschinenwesen und Technologie erzielt, bisher getrennte Fachrichtungen zu vereinigen.

Herr Professor Albring machte aber auch einige

Bedenken...

geltend. Die Fakultät Maschinenwesen könne, so führte Professor Albring unter Berufung auf Untersuchungen Professor Bertholds aus, auf das Vorpraktikum nicht verzichten, da es als Grundlage für die darauf aufbauenden Vorlesungen in mechanischer Technologie, Maschinenlehre u. a. angesehen wird.

Der Facharbeiterbeleg könne das Praktikum nicht ersetzen, da dieser Ausbildung das notwendige „breite Spektrum“ technologischer Kenntnisse von den Werkzeugmaschinen bis zu Formen, Schmieden und Gießen vermittele.

Die Fakultät habe auch Bedenken gegen das Ingenieurpraktische Jahr, weil es eine Verlängerung des Studiums erforderlich mache. Der pädagogische Erfolg sei s. E. nicht genügend begründet worden.

Professor Albring schlug namens der Fakultät M vor, im Hinblick auf den polytechnischen Unterricht und die Facharbeiterausbildung die Berufspraktika nach dem ersten und zweiten Studienjahr künftig fortfallen zu lassen — hier sollte die militärische Ausbildung absolviert werden. Vor- und Berufspraktikum sollten auf 38 Wochen verkürzt werden. Das Komplexpraktikum sei besonders auszubauen, um die Zusammenarbeit von Konstrukteuren, Technologen, Ökonomen usw. zu verbessern.

Leider ging Professor Albring nicht auf die von anderen Rednern vorgetragenen Argumente zur Veränderung bei der Vorbildung unserer Studierenden und den erforderlichen Konsequenzen einer engeren Verbindung zwischen der theoretischen und berufspraktischen Ausbildung sowie dem im Referat genannten Studienablaufplan ein.

Vorpraktikum nicht überschätzen!

Genosse Prorektor Kursitz wies auf die Aussprachen hin, die mit solchen Studierenden geführt wurden, die ebenfalls Vorpraktikum absolviert haben.

Unsere Universität immatrikuliert in diesem Jahre 60 Prozent Bewerber, mit abgeschlossener Berufsausbildung in einschlägigen Berufen entsprechend den Fakultäten. Die Fakultät für Forstwirtschaft immatrikuliert seit Jahren Forstfacharbeiter, im Bauwesen sind es nahezu alle Studierenden, die Berufspädagogen hatten, wie erwähnt, 96 Prozent mit Berufsausbildung im einschlägigen Beruf, und die Technologie verfügt über 56 Prozent solcher Bewerber. In der Fakultät M faßten wir alle metallverarbeitenden Berufe in diese Kategorie zusammen, für die Fachrichtung Ver-

fahrtstechnik sind es die Chemiefacharbeiter, die dazugezählt werden.

Nur 17 Prozent der Bewerber sind in diesem Jahre direkt von der Oberschule ohne Praxis zu uns gekommen. Für weitere 20 Prozent, die von der NVA zu uns kommen, trifft ähnliches zu.

Hier empfiehlt sich die Schaffung von bestimmten Übergangslösungen, die zu den zehn vorgesehenen Wochen hinzutreten.

Unsere Tendenz der Aufnahme von Bewerbern mit abgeschlossener Berufsausbildung ist also, wie an zugänglichem statistischem Material nachweisbar war, steigend.

Genosse Dr. Knauer, Direktor des Instituts für Berufspädagogik, sprach zu den gleichen Problemen.

Die vorgeschlagene Lösung enthält die Möglichkeit, diesen Bedingungen zu entsprechen.

Andererseits sei notwendig, sagte Dr. Knauer, daß die Universität Hinweise und Empfehlungen an die Ministerien geben muß, die die Herausarbeitung des einheitlichen, sozialistischen Bildungssystems betreffen, damit die künftigen Studienbewerber die Bedingungen erfüllen.

Magnifizenz Professor Dr.-Ing. habil. Schwabe:

Hohe Anforderungen

Die gesamte chemische Abteilung hatte bis vor kurzem eine einzige Fachrichtung. Jetzt hat sie zwar eine zweite Fachrichtung in Lebensmittelchemie, aber nur aus dem Grunde, weil da eine ganze Reihe von biologischen und lebensmittelrechtlichen Lehrveranstaltungen dazu gehören, die nicht unmittelbar in Einklang gebracht werden konnten mit dem normalen Chemiker. Alle Chemiker sonst, ganz gleich, was sie betreiben, haben den gleichen Studienplan. Selbstverständlich werden sie in ihrem Abschluß durch ihre Diplomarbeit in irgendeiner Form spezialisiert. Aber es ist durchaus so, daß Leute, die z. B. bei mir diplomieren, in die Kunststoffindustrie gehen, obwohl sie bei mir Elektrochemie studiert haben.

Ich vermag natürlich nicht zu übersehen, wie das im Maschinenwesen aussieht. Ich möchte nur bemerken, daß wir natürlich über den wissenschaftlichen Beirat auf Grund der umfangreichen Zusammenarbeit mit der Industrie uns laufend darüber informieren, ob denn die von uns gewählte Form der Ausbildung auch hinsichtlich der praktischen Tätigkeit den Erfordernissen genügt. Es wird uns immer gesagt, daß man keinen Wert darauf legt, eine solche Spezialisierung an der Hochschule durchzuführen, weil man in Industrie-zweigen der Meinung ist, daß diese Spezialisierung am besten in dem Betrieb selbst erfolgt. Wir bilden Studenten aus, die frühestens im Jahre

1965 in der Industrie wirksam werden. Wir wissen nicht im einzelnen, wie sich die Technik entwickeln wird. Aber daß sie sich viel rascher entwickeln wird als bisher, ist sicher und eindeutig. Zu den Anforderungen, die an uns gestellt werden und die Herr Kollege Frühauf ganz richtig hervorgehoben hat, muß ich allerdings noch etwas sagen. In der ganzen Diskussion, soweit ich sie kenne, ist eigentlich von der Frage, wie kann man den Stundenplan in bezug der Aufteilung verändern, kaum die Rede. Erstens einmal müssen sämtliche Vorlesungen heute in einem viel rascheren Tempo dem letzten Stand angepaßt werden, als früher. Wenn früher eine Vorlesung z. B. über Thermodynamik 20 Jahre lang Gültigkeit hatte, ohne dadurch veraltet zu sein, müßte sie heute nach dem letzten Stand angepaßt werden. Es ist natürlich klar, daß das an jeden Hochschullehrer erheblich größere Anforderungen stellt. Und das zweite ist, daß wir, wenn wir immer stärker die Grundlagenausbildung betreiben müssen, daß natürlich auch in dieser Beziehung die Vorlesungen anspruchsvoller werden. Und hier ist noch manchmal ein gewisser Konservatismus zu verzeichnen. Aber ich glaube auf Grund der Kenntnis, die ich habe, daß wir — auch im Maschinenwesen — nicht stark genug die Forderung herausstellen sollten, die Grundlagenausbildung zu verstärken und die Spezialisierung weitgehend aufzugeben. Dann werden nämlich auch die Überschneidungen, von denen hier die Rede war, wegfallen.

Dr. Schiefner, Volkswirtschaftsrat:

Ingenieurpraktisches Jahr mit Fernstudium

Kollege Dr. Schiefner vom Volkswirtschaftsrat nahm u. a. aus eigenen Erfahrungen als Absolvent der TU zum Vorpraktikum und zum Ingenieurpraktischen Jahr mit Fernstudium Stellung. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist auf alle Fälle dem Vorpraktikum vorzuziehen. Ich möchte Herrn Prof. Frühauf zustimmen, wenn er sagt, man soll nicht ausgehen von dem, was noch ungenügend ist, sondern daß für eine innige Zusammenarbeit zwischen Universität und Praxis auch für die in sich abgeschlossene Berufsausbildung die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Zum Ingenieurpraktischen Jahr mit Fernstudium. Ich glaube, daß dieser Einsatz eines noch nicht fertigen Ingenieurs, dazu beiträgt, die Ausbildung zu erhöhen und zu festigen. Und zwar weil

der angehende Ingenieur auf Grund seiner Tätigkeit im Betrieb sein Blickfeld weitet. Unsere Vorschläge laufen darauf hinaus, daß man die Studenten im 7. und 8. Semester in Kollektiven einsetzt und ihnen konkrete Aufgaben stellt. Das setzt voraus, daß der Betreffende ganz Mitglied des Betriebes wird und die Ausbildung jetzt dem Betrieb obliegt.

Die Fragen der Planstellen und der Bezahlung werden geklärt, und es existieren auch schon recht fundierte Vorstellungen hierzu. Ich glaube, es geht nicht, die Betreuung ganz den Betrieben zu überlassen. Hier ist ja gezeigt worden, daß es ein Teil des Studiums ist, und deshalb sollte man diesen Einsatz im Betrieb durch Verträge zwischen VVB, Industriebetrieb und Institut sichern.



In den Neuererzentren werden ständig die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Entwicklung ausgewertet.

Genosse Professor Dr.-Ing. Frühauf:

Der Hochschullehrer muß nach vorn blicken

Meiner Meinung nach ist es nicht richtig, von pessimistischen Auffassungen auszugehen. Ich möchte zunächst betonen, daß ich dem von Herrn Pommer Vorgetragenen zustimme.

Wir in der Fakultät E-Technik konzentrieren uns mehr und mehr auf die Grundlagenausbildung, und das ist richtig. Ich glaube, darüber besteht auch gar kein Zweifel in diesem Kreis. Das bedeutet aber, daß wir im Anschluß daran die Möglichkeit schaffen müssen, der Vielfalt der Erscheinungen in der Praxis draußen Rechnung zu tragen. Ich bin dafür, daß man das Vorpraktikum, wie in dem Vorschlag von Kollegen Pommer dargelegt, fortführt. Ich möchte aber noch besonders auf einen Punkt aufmerksam machen, der mir als sehr wesentlich erscheint. Das ist die Frage unserer Einstellung und der Einstellung der Studierenden zu den Problemen des Studiums. Meine Herren, ich möchte Ihnen folgendes sagen: Wenn man nicht die Begeisterung mitbringt, die Studierenden mitreißt, daß sie gemeinsam mit uns arbeiten, daß es nicht so ist: hier Studierender und hier Professor, dann können wir uns über die Frage der Studienplanungsgestaltung unterhalten, solange wir wollen, dann werden wir zu keinem vernünftigen Ergebnis kommen. Voraussetzung ist, daß der Hochschullehrer selbst begeistert ist für seine Arbeit, daß er das Positive sucht und auch dem Positiven nachgeht und es erweitert. Nicht, daß er das Negative zum Gegenstand seiner Betrachtungen macht. Ich bin der Auffassung, das ist zunächst einmal die primäre Frage. Es ist darüber gesprochen worden, daß die angehenden Studierenden heute nicht mit den Vor-

aussetzungen, die wir erwarten und die im Programm vorgesehen sind, zu uns kommen. Das trifft zwar noch zu, aber das kann uns doch nicht veranlassen, diesen Zustand als gegeben hinzunehmen und so zu tun, als bräuchten wir uns jetzt praktisch überhaupt noch nicht auf eine fortschrittliche Entwicklung einzustellen und auf das Bezug zu nehmen, was eben im gegenwärtigen Zeitpunkt notwendig ist. Wir müssen doch die Frage stellen: Was wird in zwei, drei, vier, fünf Jahren sein? Darauf müssen wir uns heute einstellen. Und wenn wir der Meinung sind, daß die Richtung das heißt also die Ausbildung der jungen Menschen, bevor sie zur Universität kommen, noch nicht in Ordnung geht, dann müssen wir etwas dazu tun — das ist unsere Aufgabe —, nämlich zu sorgen, daß die Entwicklung richtig wird. Denn wir haben uns ja schließlich mit den Menschen zu befassen. Das ist meiner Ansicht nach die Grundfrage die Einstellung zu diesen Problemen, die wir heute behandeln. Ich möchte gar nicht zu Details des Studienplanvorschlages sprechen. Im einzelnen mag er in den verschiedenen Fachrichtungen unterschiedlich sein. Für die Elektrotechnik kann meiner Meinung das Referat als Grundlage angesehen werden. Über Detailfragen werden wir uns in der Fakultät speziell noch unterhalten. Wir werden darüber diskutieren und bestimmen noch weitere Vorschläge in einzelnen machen. Und ich bin der Meinung, dort gilt ein Prinzip, das für uns überhaupt allgemein zutrifft: Verantwortlichkeit des einzelnen und Hilfe durch das Kollektiv. Das ist das, was wir uns als Hochschullehrer zum Grundsatz machen sollten. Auf der anderen Seite sollten wir unseren Studierenden beibringen, genauso zu handeln.